

Gute Argumente gegen schlechte Lösungen

Auch wenn es vielerorts gelungen ist, „Hartz IV und die Schulkosten“ zu einem öffentlichen Thema zu machen, heißt das natürlich nicht, dass automatisch gute Lösungen in die Tat umgesetzt werden. So einfach ist Politik (leider) nicht. Vielmehr zeigen die örtlichen Erfahrungen, dass Kommunalpolitiker oftmals Scheinlösungen anbieten, um das Problem los zu werden: Sachleistungen statt Geldleistungen, private, mildtätige Zuwendungen statt klarer Leistungsansprüche für alle, Verweis auf (Schul)Vereine, die sich dem Problem annehmen sollen...
Wie dagegenhalten, wie argumentieren?

Argument: „Kein Geld“

- Folgekosten wären noch höher
- Chancengleichheit
- Beispiel für andere Ausgaben: Rüstung
- Kredite aufnehmen für Zukunft
- Sparkassen anzapfen
- Sie wollen Kinder, aber für die ist kein Geld da
- Im Haushalt steckt Geld:
 - 1.) Ausgabenseite: subventionierte Eigenbetriebe
 - 2.) Einnahmen: Gewerbesteuer, Grundsteuer B (? 50 Cent/Monat)
- Verzicht auf Groß-/Prestigeprojekte
- Auch bei Haushaltssicherung gibt es Spielräume
- Statt Haushalt soll ARGE finanzieren
- Wichtig für sozialen Frieden
- Geplante, nicht ausgegebene Posten (Millionen)
- Einnahmen der Kommunen steigen konjunkturell
- Nicht ausgegebenes Geld der ARGEN

Scheinlösungen: Sachleistungen und unzureichende Pauschalen

- Recht auf vollständige Leistungen
- Traumatisierung durch Hartz IV-Ranzen
- Sachleistung ist Fremdbestimmung
- Leistungen auch als positive Unterstützung
- Verwaltungsaufwand zu hoch
- Aus Schulpflicht folgt Lehrmittelfreiheit
- Hartz IV darf nicht sichtbar werden
- Gerichtsurteile (VG Lüneburg)
- Was ist mit den anderen Ausgaben?
- Jedes Schuljahr hat neue Kosten
- Einzelantrag als Abschreckung
- Basis für Erziehung muß da sein

Verweis auf private, mildtätige Stiftungen

- keine Almosen, sondern Recht darauf
- undemokratische Konstruktion
- nicht ablehnen, aber kritisieren
- bestehende Stiftungen überhaupt zuständig?
- Stiftung erfordert riesiges Grundkapital (?)
- Dauerhaftigkeit nicht gesichert
- Stiftung als Haushaltsbetrug?
- Privatisierung gesellschaftlicher Risiken

Weigerung der Politik („Was tun, wenn die Kommunalpolitiker das Thema aussitzen wollen“?)

- sozialer Frieden > Interesse der Wohlhabenden
- vergleichender Bericht der Landesschau (Regionalfernsehen)
= woanders geht es auch
= Ungerechtigkeit
- in der Öffentlichkeit skandalisieren
- einzelnen Politiker / Fraktion finden, die Antrag stellen
- ungenutzter Feuerwehrfonds
- Projekte als Bürgerinitiative initiieren
- Rechtliche Machbarkeit darlegen > zweckgebundene Einnahme
- Kommunale Umsetzung des eigenen Parteiprogramms:
 - 1.) Ihr könnt jetzt handeln
 - 2.) Anträge an Bundespartei
 - 3.) Profilieren über Taten

